

II- 4489 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2191 7J A n f r a g e

1982 -11- 10

der Abgeordneten STEINBAUER, Dr. Hochtl
 und Genossen
 an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
 betreffend Aufblähung des administrativen Apparates der
 Bundestheater

In der Nr. 9 der "Österr. Musikzeitschrift" finden sich
 nicht nur die Vorstellungen des neuen Operndirektors,
 sondern auch sehr kritische Bemerkungen der Betriebsräte
 über die Aufblähung des administrativen Apparates der
 Bundestheater im allgemeinen und der Wiener Staatsoper
 im besonderen.

"Kritik am Verwaltungssystem und am Gagensystem der Bundestheater
 wird nicht nur in der Presse, sondern auch in so manchem
 privaten Gespräch laut. Ungerührt erklärt der Betriebsrats-
 obmann, daß er die "ganze Tintenburg" des Bundestheaterverbandes
 mit Mißfallen betrachte, vor allem, weil der Zentralismus
 zur Anonymität und damit zum geringen Einsatz, zum
 Nicht-Engagement verführe. Seinem Dafürhalten nach sei es
 vordringlich, die Kompetenzen der Mitarbeiter zu klären:
 "Der Bundestheaterverband hat einfach zu viele Mitarbeiter,
 weniger Mitarbeiter sollten mehr Eigenverantwortung haben.
 Es sollen auch nicht Mitarbeiter, die nicht entsprechen,
 mit Protektion gehalten werden." Etwas verärgert und nur
 rhetorisch wird im Haus die Frage gestellt, wo eigentlich
 die Leistungs- und Erfolgs-Kontrolle bei Verwaltungsleuten
 bleibe - beim Künstler sei die Kontrolle ja durch das
 Publikum vorhanden. Und: "Es wird die Verantwortung von
 einem zum anderen geschoben. Entweder ist der Direktor für
 alles verantwortlich, dann muß er da sein, oder er macht
 andere verantwortlich, dann müssen diese aber auch wirklich
 Entscheidungen treffen dürfen."

Und zur konkreten Situation:

"Die Tatsache, daß jeder neue Direktor auch eigene neue Mitarbeiter ans Haus bringt, führt zu einer Anhäufung von Sonder- und Konsulenten-Verträgen. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang der Vorwurf gemacht, daß das Geld, das für künstlerische Arbeit benötigt würde, für administrative Beamte ausgegeben wird. Überdies ist eine nicht geringe Anzahl von Beamten mit sogenannten Bühnendienstverträgen ausgestattet, die eine Reihe von finanziellen Vorteilen bringen und deren rechtmäßige Zuerkennung angezweifelt wird. Minister Sinowatz meint, daß Personen mit Sonderverträgen sicherlich Funktionen innehaben, die für die Oper bzw. die Bundestheater wichtig und notwendig seien. Es sei undenkbar, daß jemand bei den Bundestheatern einen Vertrag habe, ohne eine entsprechend effiziente Tätigkeit auszuüben. Den selbst für österreichische Verhältnisse unüblichen Konsulentenvertrag für den pensionierten Operndirektor erklärt der Minister nach der Frage, ob denn der erfahrene Beamten-Apparat nicht ausreiche, mit den Worten: "Den Apparat gibt es, allerdings scheiden immer wieder Beamte durch Pensionierung aus. Der Vertrag des bisherigen Direktors bezieht sich ja auf seine ganz individuelle, persönliche Erfahrung, die er einbringt."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

Anfrage:

1. Was werden Sie gegen die stetige Aufblähung des administrativen Apparates bei den Bundestheatern unternehmen ?
2. Welche Einsparungsmöglichkeiten sehen Sie im Bereich des Bundestheaterverbandes ?
3. Wie hoch ist der Verwaltungsaufwand der Bundestheater ?
4. Wieviele Personen sind im Bundestheaterverband beschäftigt ?
5. Wieviele Sonder- bzw. Konsulentenverträge gibt es im Bereich der Bundestheater ?
6. Wieviele entfallen davon allein auf die Wiener Staatsoper ?
7. Entspricht es den Tatsachen, daß Beamte und andere mit administrativen Aufgaben befaßte Personen mit Bühnendienstverträgen ausgestattet sind ?